



Für
Menschenrechte
gegen
Extremismus



Blickpunkt
Demokratie und Extremismus
Newsletter Osteuropa
Mai | 2008

Newsletter Mai 2008

Russische Nationale Einheit (RNE) in Rjasan durch Gericht aufgelöst

Am 7. April 2008 ist das Urteil des Rjasaner Eisenbahngerichts bezüglich der Anerkennung und Auflösung der Städtischen Gesellschaftlichen Patriotischen Bewegung (RGOPO) „Russische Nationale Einheit“ (RNE) rechtskräftig geworden.

Die Rjasaner RNE wurde im April 2002 offiziell in das Register eingetragen. Die Vorsitzenden der Partei RNE Boris Parschin und Oleg Panfilov haben nationalistische Propagandaliteratur nach Rjasan gebracht und diese auf von ihnen veranstalteten nationalistischen Versammlungen auf dem Siegesplatz im Stadtzentrum verteilt. Obwohl die Staatsanwaltschaft im September 2006 eine Verwarnung über die Unzulässigkeit extremistischer Tätigkeiten ausgesprochen hat, wurde das Verteilen fremdenfeindlichen Materials nicht eingestellt.

Im August 2007 wurden Boris Parschin und Oleg Panfilov nach Art.282 des 2. Teils des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation verurteilt (Aufwiegelung zu Fremdenhass). Sie dürfen fortan keine Ämter mehr in der RNE bekleiden. Nach der Urteilsverkündung reichte der Staatsanwalt des Rjasaner Gebiets Klage auf Auflösung der städtischen RNE ein.

Dies ist der erste uns bekannte Fall im Zusammenhang mit der RNE seit dem Jahr 2003. Es ist erwähnenswert, dass in diesem Fall nicht die Symbolik der RNE für das Gericht ausschlaggebend war (die sonst übliche Praxis bei den Verboten von regionalen Zellen), sondern die Tätigkeit an sich, deren fremdenfeindlicher Charakter den Parteivorsitzenden im Strafprozess angelastet wurde.

Quelle: <http://sova-center.ru> 07.04.2008

Föderales Verzeichnis extremistischer Organisationen veröffentlicht

Anfang April wurde auf der offiziellen Homepage der Föderalen Registrierungsbehörde (www.rosregistr.ru) erstmals folgendes Verzeichnis veröffentlicht: Verzeichnis gesellschaftlicher und religiöser Vereinigungen und anderer gemeinnütziger Organisationen die auf Grundlage des föderalen Gesetzes "Über die Bekämpfung extremistischer Tätigkeit" rechtskräftig verboten oder aufgelöst worden sind. Wir führen im Folgenden die Liste so auf, wie sie auf der Homepage der Registrierungsbehörde der RF erschienen ist.

Verzeichnis gesellschaftlicher und religiöser Vereinigungen und anderer gemeinnütziger Organisationen, die auf Grundlage des föderalen Gesetzes "Über die Bekämpfung extremistischer Tätigkeit" rechtskräftig verboten oder aufgelöst worden sind.

1. Die überregionale Organisation "*Nationalbolschewistische Partei*" (Tätigkeitsverbot, entschieden am 19.04.2007 durch das Moskauer Stadtgericht)
2. Religiöse Vereinigung *Russisch-Orthodoxe Slawische Gemeinde* in Krasnodar VEK RA (Vedische Kultur der Russischen Arier). (Tätigkeitsverbot, entschieden am 5.10.2007 durch das Regionsgericht Krasnodar)

3. Die nicht registrierte Bürgervereinigung *"Rada zemli des Kubanj Geistlichen Stamms der mächtigen Rus"* (Auflösung der Organisation, entschieden am 13.04.2006 durch das Krasnodarer Ortsgericht)
4. Die lokale religiöse Vereinigung *„Asgardsker Slawische Gemeinde der Geistlichen Verwaltung der Asgardsker Vesi Belovodja der Altrussischen Ingliititschesker Kirche der Orthodoxen Altgläubigen – Inglingov“* (Auflösung der Organisation, entschieden am 30.04.2006 durch das Omsker Gebietsgericht)
5. Die örtliche religiöse Vereinigung *" Slawische Gemeinde Kapischa Vedy Peruna der Geistlichen Verwaltung der Asgardsker Vesi Belovodja der Altrussischen Ingliititschesker Kirche der Orthodoxen Altgläubigen – Inglingov“* (Auflösung der Organisation, entschieden am 30.04.2004 durch das Omsker Gebietsgericht)
6. Die religiöse Vereinigung *„Das Männerpriesterseminar der Geistlichen Institution für professionelle religiöse Ausbildung bei der Altrussischen Ingliititschesker Kirche der Orthodoxen Altgläubigen – Inglingov“* (Auflösung der Organisation, entschieden am 30.04.2004 durch das Gebietsgericht Omsk)
 ...Zudem sind dem Zentrum SOVA eine Reihe weiterer Gerichtsurteile bekannt, laut derer Organisationen als extremistisch oder terroristisch eingestuft worden sind.

Quelle: <http://sova-center.ru> 11.4.08

<http://www.rosregistr.ru/index.php?menu=3003250000>

Forschungsinstitut des Innenministeriums der RF: "Die Gefahr des Extremismus für die Gesellschaft: eine theoretische und praktische Einschätzung"

Am 22. April 2008 fand im Forschungsinstitut des Innenministeriums der Russischen Föderation eine Pressekonferenz zu dem Thema "Die Gefahr des Extremismus für die Gesellschaft: eine theoretische und praktische Einschätzung" statt. An der Pressekonferenz nahmen der Vorsitzende des Forschungsinstituts des Innenministeriums der RF General-Mayor der Polizei Sergej Girjko sowie die leitenden wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts Professor Igor Sundiev und Jurij Antonjan teil. In seinen Begrüßungsworten wies Herr Girjko auf die wachsende Bedrohung des Extremismus in Russland und auf die Notwendigkeit einer Untersuchung dieser Erscheinung an sich hin. Nach Meinung des Vorsitzenden des Instituts könnten so effektive Gegenmaßnahmen zu extremistischen Erscheinungsformen ausgearbeitet werden.

In der Ansprache von Herrn I. Sundiev ging es vor allem um Instrumente der Beeinflussung von Menschenmassen, die auch von extremistischen Organisationen eingesetzt werden können. Im Fokus stand das "Flash-Mobbing", das insbesondere von Organisationen für illegale Aktionen genutzt wird. Sundiev führte als Beispiel eine Serie von neonazistischen Überfällen zwischen Dezember 2007 und März 2008 an, die Ziel und Folge von Flash-Mobbing waren.

Herr J. Antonjan merkte an, dass der Extremismus heutzutage eine der akutesten und sich am stärksten entwickelnden Bedrohungen in Russland sei. Er wies darauf hin, dass Propaganda von Fremdenhass und insbesondere Antisemitismus, die viele jugendliche Neonazis zu Gewalttaten anstiftet, strafrechtlich praktisch nicht verfolgt würde...

... Einige Feststellungen auf der Pressekonferenz hatten einen verschwörungstheoretischen Beigeschmack ("die geistige und finanzielle Unterstützung extremistischer Gruppen aus dem Ausland", einen gezielt organisierten Einsatz von Nazi-Skinheads in den vergangenen (Vorwahlkampf) Monaten in Moskau", die "orange" Gefahr etc.). Besonders Sundiev glaubt, dass *"der nationale Protest und der gewalttätige Extremismus in Russland die Funktion erfüllt, die in den früheren Sowjetstaaten Jugendorganisationen wie beispielsweise... "Pory" erfüllen...*

...Zwischen den Teilnehmern der Pressekonferenz und den Journalisten gab es leider Unstimmigkeiten bezüglich bestimmter juristischer Terminologien und nicht juristischer klischeebehafteter Begriffe, wie folgendes Beispiel zu dem Begriff "totalitäre Sekten" zeigen soll...

...Herr J. Sundiev merkte an, dass *"sich heute jährlich bis zu 1500 neu gebildete religiöse*

Vereinigungen registrieren lassen, von denen anschließend 200-300 Vereinigungen infolge von Ermittlungen als "totalitär" eingestuft werden und ihnen daher die Registrierung wieder aberkannt wird.

Herr J. Antonjan erklärte, dass sich das Verbot von "totalitären Sekten" auf die Begründung stütze, dass ihre Tätigkeiten Menschen Schaden zufügen würden...

...Im Rahmen der Diskussion über die Propaganda von Fremdenhass und die Verbreitung fremdenfeindlichen Gedankenguts in der Gesellschaft sprachen sich die Teilnehmer der Konferenz für das gesetzliche Verbot einer Erwähnung der ethnischen Zugehörigkeit in der Kriminalchronik aus...

...In der Pressemitteilung wurde festgehalten, dass *"sich die Anzahl der Bürger erhöht, die von Vorsitzenden extremistischer Organisationen gegen Bezahlung für die Durchführung von nicht genehmigten Treffen und Versammlungen eingesetzt werden. So fanden 2007 in der Russischen Föderation insgesamt 417 nicht genehmigte Protestaktionen statt, wegen derer insgesamt 1458 Menschen zur Verantwortung gezogen wurden. Die meisten Aktionen fanden in Millionenstädten und großen regionalen Zentren Russlands statt (Moskau, St.-Petersburg, Gebiet Nishnij Nowgorod und Gebiet Perm)"*. Die Erwähnung ungenehmigter Protestaktionen in diesem Kontext rief die Frage auf, ob man denn alle Protestaktionen als eine Erscheinungsform des Extremismus einstufen solle.

Jurij Antonjan entgegnete, dass dem nicht so wäre und dass Protestaktionen, auch ungenehmigte, nicht automatisch als extremistisch gelten dürften. Sobald man dieses täte, würde man "unseren Leuten, die aus unterschiedlichen Gründen auf die Straße gehen, den Mund stopfen". Auf die Frage, ob der "Marsch der Nichteinverstandenen" oder Versammlungen der KPRF extremistisch seien, antwortete er, dass *"nur solche Organisationen und Aktionen als extremistisch gelten können, die Hass gegen andere Nationen, Religionen und politischen Gruppen predigen. Die von ihnen genannten Organisationen kann man wohl kaum als extremistisch einschätzen. Wenn eine Organisation irgendwelche Veränderungen fordert, dann ist das noch kein Grund, sie zu den extremistischen Organisationen zu zählen. Man muss klären, was sie wollen"*. Herr Girjko machte darauf aufmerksam, dass ungenehmigte Aktionen administrative Strafmaßnahmen nach sich ziehen könnten.

Quelle: <http://sova-center.ru> 23.4.2008

In Sankt Petersburg hat die Konferenz zu "Toleranz und Intoleranz in der heutigen Gesellschaft: Ost-West" stattgefunden

An der Staatlichen Universität St. Petersburg fand am 24. und 25. April 2008 die internationale wissenschaftlich-praktische Konferenz "Toleranz und Intoleranz in der heutigen Gesellschaft: Ost-West" statt. Unter den Teilnehmern befanden sich die Generalkonsuln aus Norwegen, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden, Polen, USA, Finnland, Schweden und Japan. An den Veranstaltungen nahmen teil: der Vorsitzende des Petersburger Komitees für Auslandsbeziehungen, A. Prochorenko, der stellvertretende Vorsitzende des Komitees für Arbeit und Soziales S. Litvinov, der Vorsitzende der Ständigen Kommission für soziale Fragen in der gesetzgebenden Versammlung von St. Petersburg, S. Nesterov der Vorsitzende der UNICEF in der RF K. Deroj und Vertreter führender Parteien in Russland. Zu den Organisatoren zählten der Prorektor für wissenschaftliche Arbeit an der Staatlichen Universität St. Petersburg Igor Gorlinskij sowie der Dekan der soziologischen Fakultät Nikolaj Skwortsow.

Quelle: <http://sova-center.ru> 25.04.2008

http://www.interethnic.org/News/250408_6.html

April 2008. Resümee des Monats

Im April 2008 wurden nicht weniger als 24 rassistische und neonazistische Überfälle registriert, in deren Folge sechs Menschen starben und mindestens 38 verletzt wurden. Wir halten fest, dass in dieser Statistik die Opfer der Massenschlägerei im Twersker Bezirk nicht berücksichtigt sind, die am 5. April stattgefunden hatte... Wir sind nicht sicher, ob die Teilnehmer nationalistische Motive hatten. Außer in Moskau gab es noch weitere Überfälle in Wladiwostok, Kazan, Nishnij Nowgorod, St. Petersburg, Pensa, Rjasan und Stawropol.

Insgesamt gab es seit Beginn 2008 mindestens 211 Opfer von Hassausschreitungen, von denen 53 starben. Zum Vergleich: Im selben Zeitraum 2007 gab es 236 Opfer, von denen 17 getötet wurden. Mit großer Sicherheit kann man sagen, dass wir es nicht mit einer geringeren Anzahl von Übergriffen mit gesteigener Grausamkeit zu tun haben, sondern dass vielmehr angesichts der gestiegenen Härte der Übergriffe ein Angriff, bei dem kein Opfer getötet wird, ganz einfach unbekannt bleibt. Mit besonderer Aufregung wurde wie üblich der 20. April erwartet – die russische Miliz war in Alarmbereitschaft versetzt, in vielen Lehreinrichtungen wurden die Studenten vor der Gefahr seitens der Neonazis gewarnt. Dennoch konnten Überfälle mit Todesfolge und kleinere, weniger schwere Zwischenfälle nicht vermieden werden.

Am 20. April wurden in mindestens 3 Städten Russlands (in St. Petersburg, Stawropol und Rjasan) Überfälle von Neonazis registriert, in deren Folge zwei Menschen starben und mindestens fünf verletzt wurden. Nach bisher noch nicht bestätigten Angaben wurden auch Studenten der Russischen Universität der Völkerfreundschaft in Moskau – traditionsgemäß ein Ziel von Übergriffen russischer Skinheads – Opfer von Überfällen.

In Moskau und im Moskauer Umland wurden Akte von Vandalismus registriert – neonazistische Graffiti wurde bei der Gedenktafel für die Mitglieder des Jüdischen Antifaschistischen Komitees gefunden und in der Stadt Chimki wurde Technik aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs mit Hakenkreuzen beschmiert. Zweimal verhinderte die Miliz in Sankt Petersburg das Aufhängen von neonazistischen Fahnen.

An diesem Tag wurde auch von Neonazis die Website des Zentrums „Holocaust“ zerstört; die Hauptseite wurde durch ein Hakenkreuz ersetzt.

Außerdem wurde im April im Internet eine Liste von „Feinden des russischen Volkes“ veröffentlicht, auf der sich sowohl Staatsbeamte als auch private Personen befinden. Von den vielen anderen Listen, die auch schon früher im Umlauf waren, unterscheidet sich diese dadurch, dass sich neben den Namen der Organisationen und Personen nun auch deren Adressen und Telefonnummern befinden. Diese Liste stellt demnach sowohl für die Menschen, die darauf aufgeführt sind, als auch für all diejenigen, die unter der angegebenen Adresse leben, eine Gefahr dar.

Was jedoch die Strafverfolgung der Rechtsradikalen anbelangt, so konnte keine besondere Aktivität festgestellt werden. Uns ist nur von einem Urteil bekannt, das mit rassistischer Gewalt zusammenhängt, und zwar im Swerdlowsker Gebiet für den Überfall auf einen Kirgisen. Und lediglich zwei Verurteilungen wurden im April für rassistische Propaganda ausgesprochen – im Gebiet Samara wurden ein Verleger eines neonazistischen Almanachs und eine Frau für die Verbreitung von Flugblättern mit antischtschenischem Inhalt verurteilt. Beide wurden zu einer Geldstrafe verurteilt, was unserer Meinung nach eine völlig angemessene Strafe für ein solches Verbrechen bedeutet.

Quelle: <http://sova-center.ru> 30.04.2008

In Moskau trafen sich „Nationalisten“ mit Vertretern der Diaspora

Am 29. April 2008 fand in Moskau im Gebäude des „Moskowskij Komsomolez“ ein Runder Tisch statt, der den „Problemen der Konflikte zwischen den Völkern“ gewidmet war. Daran nahmen Vertreter verschiedener nationalistischer Organisationen (die „Slawische Union“, die „Bewegung gegen illegale Einwanderung“, die „Russische Gesamtnationale Union“ und andere) teil sowie Vertreter der kaukasischen Gemeinden, die dem Verband „Russischer Kongress der kaukasischen Völker“ angehören.

A. Potkin versuchte eine provozierende Rolle und stellte „Personen mit einem nichtslawischen Äußeren“ dar, die die monarchistische Flagge verhöhnen. Als Antwort teilten die Vertreter der kaukasischen Gemeinden mit, dass sie bereit seien, dementsprechende Rollen aus dem nazistischen Teil des Internets vorzustellen, wo man sich über die Personen lustig mache, die aus dem Kaukasus stammen.

„Wir erklären unserer Jugend, dass man sich nicht nur im Rahmen des Gesetzes bewegen soll, sondern auch im Rahmen der gesellschaftlichen Normen, wie sie in Moskau üblich sind. Aber wenn ihr euch entschieden habt, die russische leidenschaftliche Jugend für die Ideen des ethnischen Hasses zu mobilisieren, dann benutzt ihr sie einfach nur als Kanonenfutter für einen möglichen Bürgerkrieg“, sagte der Kovorsitzende des „Russischen Kongresses der kaukasischen Völker“, Dengi Chalidow. Der Erste Vizepräsident der Akademie der geopolitischen Wissenschaften, Konstantin Siwkow, teilte mit, *„die Russische Föderation ist ein Raum, in welchem verschiedene Völker friedlich zusammenleben. Die Frage ist demnach nicht, ob man Kaukasier oder Russen auf den Straßen zusammenschlägt oder nicht, sondern, ob man Russland ist oder nicht“.*

Der Anführer der nationalsozialistischen Bewegung „Slawische Union“, Dmitrij Demuschkin, bemerkte, dass es fast keine größeren Bewegungen mehr von Nazi-Skinheads in Russland gebe. Seinen Worten nach: *„Je stärker der Staat die Daumenschrauben anzieht, desto stärker wird die Radikalisierung. Die Skinheads fühlen sich wie im Krieg“. „Die Menschen, die den Tscherkisowskij-Markt in die Luft gesprengt haben, waren Musiker, die auf Konzerten gespielt haben. Ihnen hat man die Möglichkeit genommen, sich zu realisieren. Der Staat hat die ‚Schrauben angezogen‘ und ihnen die Möglichkeit genommen, auf Konzerten aufzutreten“,* bemerkte er. Nach Meinung des Anführers der „Slawischen Union“ ist Nationalismus „das gesündeste Gefühl“.

Der Präsident der Vereinigung „Aserbaidzchaner in Russland“, Sojun Sadykow, sagte, *„ich kann nicht verstehen, warum es in Russland bei so viel Land so viel Hass gibt.“ „Die Kaukasier haben kein anderes Land, außer Russland“,* fügte Ahmet Asimow, Mitglied des Verbandes „Russischer Kongress der kaukasischen Völker“, hinzu.

Quelle: <http://sova-center.ru> 30.04.2008

<http://www.vremya.ru/2008/75/51/202955.html>

In Uljanowsk wurden antisemitische Flugblätter als extremistisch anerkannt

Am 7. April 2008 hat das Kreisgericht der Stadt Uljanowsk die Flugblätter „Meinung eines weltweit bekannten Schriftstellers“ und „Jüdischer Faschismus“ als extremistisches Material anerkannt. Die Klage wurde vom Staatsanwalt des Uljanowsker Kreises eingereicht. Die Überprüfung hatte festgestellt, dass im Dezember 2007 antisemitische Flugblätter in die Briefkästen der Einwohner von Uljanowsk verteilt wurden.

Eine linguistische und heraldische Untersuchung ergab, dass die Flugblätter *„Informationen enthalten, die zur Ausführung von extremistischen Handlungen aufrufen, die mit der Notwendigkeit ihrer tatsächlichen Ausführung begründet und rechtfertigt werden“.*

Leider wurde aus den Ausführungen nicht klar, ob es sich bei dem Text in den Flugblättern um die Wiedergabe von bereits verbreiteten antisemitischen Texten, also um Zitate, oder ob es sich um eigenständige Gedanken örtlicher Antisemiten handelt.

Quelle: <http://sova-center.ru> 07.04.2008

In Nishnij Nowgorod wurde ein antisemitisches Flugblatt als extremistisch anerkannt

Am 16. April 2008 hat das Kreisgericht von Nishnij Nowgorod dem Antrag des Staatsanwaltes stattgegeben, ein antisemitisches Flugblatt als extremistisch einzustufen. Nach den Ergebnissen der gerichtslinguistischen Analyse enthält das Flugblatt, das im November 2007 in einem Hauseingang in der Stadt gefunden wurde, „*Informationen, die darauf gerichtet sind, Hass auf die jüdischen Mitbürger zu schüren, sowie Feindseligkeit zwischen den Russen und den Juden zu wecken. Im Text des Flugblattes finden sich Aussagen eindeutig negativen Inhalts an die Adresse der jüdischen Mitbürger*“.

Genauere Angaben über den Inhalt des Flugblattes wurden nicht mitgeteilt.

Quelle: <http://sova-center.ru> 17.04.2008

<http://newsnn.ru/newsline/?issue=15951>

In Nowosibirsk wurde ein Strafverfahren wegen Verkaufs antisemitischer Materialien eröffnet

Am 18. April 2008 wurde in Nowosibirsk das Strafverfahren gemäß Nr. 1 § 282 des russischen Strafgesetzbuches (Schnürung von Hass oder Feindseligkeit) für den Handel mit Materialien antisemitischen Inhaltes eröffnet.

Das Vorprüfungsverfahren hatte festgestellt, dass im August 2007 die Gründer des gesellschaftlichen Fonds „Veteran“, der sich mit der sozialen Verteidigung von Invaliden und Veteranen des Zweiten Weltkriegs beschäftigt, den Verkauf von Audio- und Videokassetten sowie von Printmaterial antisemitischen Inhalts am Kiosk „Russkij mir“ organisiert hatte, der am Übergang zur Metro-Station „Leninplatz“ liegt.

Quelle: <http://sova-center.ru> 21.04.2008

Neonazistische Aufschriften neben der Gedenktafel für die Mitglieder des Jüdischen Antifaschistischen Komitees in Moskau

Am 20. April 2008 wurde in Moskau am Haus Nummer 10 in der Pretschistenka-Straße, wo von 1942 – 1948 das Jüdische Antifaschistische Komitee arbeitete, neben der Gedenktafel eine schwarze aufgesprühte Abbildung von Hitler mit der Aufschrift „*Hitler hatte Recht*“ gefunden.

Quelle: <http://sova-center.ru> 21.04.2008

Das Gesetz über neue/alte Aufgaben der staatlichen Registrierung ist in Kraft getreten

Am 6. Mai 2008 wurde das Bundesgesetz „*Über den Eintrag der Änderungen in gesonderte gesetzgebende Akte der Russischen Föderation in Zusammenhang mit der Vervollständigung der Staatsführung auf dem Gebiet der staatlichen Registrierung*“ veröffentlicht. Nach dem neuen Gesetz werden die Aufgaben der Justizorgane, die im Gesetz „Über die Gegenmaßnahme bezüglich extremistischer Tätigkeit“ festgelegt sind, an den „Bundesregistrierungsdienst Russlands“ übergeben. Zu diesen Aufgaben zählt auch die Verpflichtung, eine Liste über alle extremistischen Organisationen zu führen und die Verpflichtung, alle Organisationen auf extremistische Anhaltspunkte zu überprüfen, und das Recht, Verwarnungen auszusprechen und eine Klage über die Liquidierung oder das Verbot der Organisation einzureichen.

Wir erinnern, dass das behandelte Gesetzesvorhaben vom Präsidenten Russlands im April 2007 initiiert und am 9. Oktober 2007 in erster Lesung angenommen wurde. Am 7. März 2008 wurde das Gesetzesvorhaben von der Staatsduma in zweiter Lesung angenommen, am 2. April 2008 in dritter Lesung. Am 16. April 2008 wurde das Gesetz im Föderationsrat bestätigt und dem Präsidenten Russlands zur Unterschrift vorgelegt. Am 29. April wurde der Text vom Präsidenten unterschrieben. Das Gesetz wurde in der Zeitung „Rossijskaja gazeta“ veröffentlicht.

Der Gesetzestext ist einsehbar unter

[http://asozd.duma.gov.ru/main.nsf/\(Spravka\)?OpenAgent&RN=423254-4&12](http://asozd.duma.gov.ru/main.nsf/(Spravka)?OpenAgent&RN=423254-4&12)

Quelle: <http://sova-center.ru> 08.05.2008

Im Gebiet Uljanowsk wurden Verletzungen der Gesetze gegen Extremismus aufgedeckt

In den ersten drei Monaten des Jahres wurden durch die Staatsanwälte des Gebiets Uljanowsk 141 Verstöße gegen die Gesetze zur Bekämpfung extremistischer Aktivitäten aufgedeckt. Zum Abstellen der aufgedeckten Verletzungen wurden *„14 Strafverfahren wegen administrativer Rechtsverletzung angestrengt, 3 Urteile eingeleitet, 43 Berichte eingebracht, 11 Verwarnungen ausgesprochen sowie bei Gericht ein Antrag auf Klassifizierung der Materialien als extremistisch eingereicht (zum gegebenen Zeitpunkt stattgegeben)“*.

Quelle: <http://sova-center.ru> 18.04.2008

Webseite der Staatsanwaltschaft des Gebietes Uljanowsk

Aktionen zur Unterstützung russischer Nationalisten

Am 19. April 2008, einen Tag vor dem Geburtstag von Adolf Hitler, veranstalteten Aktivisten rechtsextremer Organisationen in einigen russischen Städten eine koordinierte Aktion unter dem Motto *„Solidarität mit russischen politischen Häftlingen“*.

Die größte Demonstration fand in Moskau auf dem Triumphalnaja-Platz statt. Die offiziellen Organisatoren waren die *Slawische Journalistenunion* und das *Komitee zur Unterstützung von Wladimir Kwatschkow*.

An der Veranstaltung beteiligten sich 250-300 Personen mit den Symbolen der *Union der orthodoxen Fahnenträger*, der *Union orthodoxer Glaubensbrüder*, der *Swjato-Sergijewskij Union des russischen Volkes* (Kurjanowitsch-Osipow), der *Nationalen Reichspartei Russlands (NDPR)*, der *Slawischen Union*, der *Bewegung gegen illegale Einwanderung (DPNI)*, der *Union der Offiziere*, der *Russischen National-Bolschewistischen Front* (RNBF Iwan Strukow), der *Armee des Volkswillens* (J. Muchin) und anderer Organisationen...

... Auf den Kundgebungen sprachen Nikolaj Kurjanowitsch, Leonid Simonowitsch-Nikschtsch, Boris Mironow, Alexandr Sewastjanow, der Chefredakteur der Zeitschrift „Duell“ Jurij Muchin, die Aktivistin der Gruppe „Roter Blitzkrieg“ Olga Kassjanenko (bekannt auch als Matilda Don) und andere.

Außer Appellen, Artikel 282 des StGB der RF abzuschaffen, wurden auch Beleidigungen an die Adresse von Juden und der Regierung kundgetan. Jurij Muchin hob insbesondere die Schuld sogenannter „weißer Juden“, ethnischer Russen in den Ämtern von Staatsanwälten und Richtern hervor, die an der Strafverfolgung von Nationalisten beteiligt sind. Der Hauptredner der Demonstration sprach eine mehr oder weniger offene Bedrohung an die Adresse von Richtern aus, die russische Nationalisten verurteilen, indem er eine Liste von Regionen verlas, in denen solche Richter ermordet worden sind (erwähnt wurde unter anderem die Stadt Dolgoprudnyj, wo die Ermordung eines Richters und ein Attentat auf einen weiteren sowie auch ein Attentat auf einen der Staatsanwälte und seine Familie in unmittelbarem Zusammenhang mit deren Beteiligung am Prozess in der Sache „Blochin-Konowalenko“ gebracht wurde, dem einzigen uns bekannten Fall, in dem eine

gewaltförmige Einflussnahme auf Prozessteilnehmer von rechtsextremistischer Seite (RNE) gerichtlich anerkannt wurde). Olga Kassjanenko rief die Demonstranten auf, sich zum Zwecke der Verteidigung ihrer Familien zu bewaffnen.

Vertreter der *Slawischen Union* hielten ein großes Transparent, auf dem die Namen einiger wegen verschiedener Straftatbestände verurteilter Nationalisten zu lesen waren, die in rechtsextremen Kreisen als politische Häftlinge gelten. Es waren darunter auch Namen von Straftätern, die wegen Gewaltverbrechen, unter anderem wegen Mordes verurteilt waren oder sich wegen Mordverdachts in Untersuchungshaft befinden.

Wiederholt skandierten junge Demonstranten, darunter auch Fahnenträger der DPNI, die Losung „Ruhm Russland“ und hoben ihre Arme zum Nazi-Kampfgruß.

Die Aktion war russlandweit geplant worden, allerdings kam es zu weiteren Demonstrationen oder Versammlungen nur in zwei weiteren Städten, in Nowosibirsk und in Wolgograd.

In Nowosibirsk war der offizielle Anlass der Versammlung die „Begründung der „Russischen Prawda“ – der ersten Gesetzessammlung der slawischen Rus“. Aus rechtsradikalen Kreisen verlautete, es sei den Demonstranten nicht gestattet worden, mit den Fahnen der DPNI und der Union des russischen Volkes (SRN) aufzutreten.

In Wolgograd versammelten sich nicht mehr als 20 Personen, bei denen es sich mehrheitlich um Skinheads handelte. Der Hauptorganisator der Wolgograder Demonstration war, soweit den im Internet veröffentlichten Videoaufzeichnungen zu entnehmen ist, Igor Mogilew, der kürzlich erst eine Haftstrafe wegen Schüren von Fremdenhass abgebußt hatte.

Zu erwähnen ist, dass dies seit Jahresbeginn der erste Versuch rechtsradikaler Organisationen war, eine öffentliche Großveranstaltung durchzuführen.

Quelle: <http://sova-center.ru> 22.04.2008

Zusammengestellt anhand von Internetportalen rechtsradikaler Organisationen und Internetblogs.

Der Bürgermeister von Moskau: „Die wachsende Zahl ausländerfeindlicher Straftaten gilt es radikal zu bekämpfen“

Am 17. April 2008 sprach der Moskauer Bürgermeister Jurij Luschkow in der Sendung „Mit dem Gesicht zur Stadt“ (TV-Center), dass der Staat gefordert sei, Gesetze auszuarbeiten und zu verabschieden, auf deren Basis es leichter wäre, ausländerfeindliche und nationalistische Tendenzen strafrechtlich zu verfolgen.

„Der Staat ist aufgefordert, zusätzliche rechtliche Instrumentarien zu schaffen, die gewährleisten, dass Menschen aller Hautfarben sich sicher fühlen. Der Zunahme von Straftaten mit ausländerfeindlichem Hintergrund müssen wir mit einer Verschärfung der Strafen für solche Verbrechen begegnen“, so Jurij Luschkow.

Er betonte, dass Russland in seiner Geschichte immer ein Vielvölkerstaat gewesen sei, in dem Menschen verschiedener Hautfarbe und Konfession Toleranz erfahren hätten. *„In letzter Zeit hat sich das Problem der Fremdenfeindlichkeit zugespitzt. Dieses Übel, dieses Krebsgeschwür kann eine Lage heraufbeschwören, die für unser Land bedrohlich wird“*, sagte der Moskauer Bürgermeister.

Nach Auffassung von Luschkow stellen Lücken im System der Strafverfolgung bei xenophobisch motivierten Straftaten einen wesentlichen Grund der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit dar. Der Bürgermeister fügte hinzu, dass Verbrechen, die als solche mit ausländerfeindlichem Hintergrund zu werten sind, als andere Straftatbestände behandelt würden.

„Wenn eine Tat, die die Verfassung und das geltende Recht verletzt, nicht geahndet wird, wird sie wiederholt werden“, erklärte er.

Quelle: <http://sova-center.ru> 16.04.2008

http://moscow.newsru.com/article/16apr2008/luz_extremizm

Chronik

Internetportal der Holocaust-Stiftung zerstört

Am 20. April 2008 wurde das Internetportal der Holocaust-Stiftung geknackt. Die Täter veröffentlichten auf deren Seiten „radikal nationalistische Symbole“.
„In unser Portal wurde gestern Nachmittag eingedrungen. Offensichtlich handelt es sich um eine Tat von Nationalisten, die auf diese Weise an den Geburtstag von Adolf Hitler erinnern wollten“, kommentierte den Vorfall die Leiterin der Stiftung und Mitglied der Gesellschaftskammer der Russischen Föderation Alla Gerber.

Quelle: <http://sova-center.ru> 21.04.2008
<http://korrespondent.net/russia/440560>

Überfall auf einen Mitarbeiter der Botschaft Omans in Moskau

Am 14. April 2008 schlugen fünf unbekannte Täter auf dem Platz vor der *Großen Tolmatschewskij Gasse 4* auf den Mitarbeiter der Botschaft des Sultanats Oman Hassan Machlul ein. Machlul wurde mit einem Schädel-Hirn Trauma, einer Gehirnerschütterung, einer Kopfverletzung und einem Nasenbeinbruch in ein Krankenhaus eingeliefert. Die Polizei schließt nicht aus, dass das Verbrechen von Skinheads verübt wurde.

Quelle: <http://sova-center.ru> 28.04.2008
<http://www.rosbalt.ru/2008/04/14/474528.html>

Nationalistischer Aushang in einem Petersburger Nachtclub

Am 27. April 2008 wurde im Eingang des Petersburger Nachtclubs „ARCTICA CLUB“ ein Aushang entdeckt, auf dem die Regeln für den Besuch des Clubs zu lesen waren. Dort hieß es, „Personen kaukasischer Nationalität“ sei der Zutritt nicht gestattet.

Quelle: <http://sova-center.ru> 29.04.2008
<http://www.zaks.ru/new/archive/view/45057>

Überfall von Skinheads in einer Wladiwostoker Vorortbahn

Am 24. April 2008 überfiel in einer Wladiwostoker Vorortbahn (Miss Tschurkin – Nadjeschdinskoje) eine Gruppe von zehn (nach anderen Quellen: zwölf) jungen Männern zwei Usbeken. Nach Zeugenaussagen waren die Täter bewaffnet und trugen „kurze gefütterte Jacken, hohe Stiefel, ihre Gesichter hatten sie mit Bandanas verdeckt, auf denen eine Sonne abgebildet war“. Der Überfall hatte kein erkennbares Motiv, die Täter skandierten keine Worte.

Ein Passagier versuchte, den Usbeken zur Hilfe zu kommen, aber er wurde niedergeschlagen. Einer der betroffenen Usbeken wurde mit fünf Messerstichen verletzt. Die Ermittlungen dauern an.

Quelle: <http://sova-center.ru> 28.04.2008
<http://news.vl.ru/vlad/2008/04/25/eluzb/>

Hakenkreuzschmierereien auf einem Kriegsdenkmal in Nischnij Tagil

Am 20. April 2008 schändeten in Nischnij Tagil (Gebiet Swerdlowsk) Neonazis ein T-34 Denkmal. Auf das Kanonenrohr wurde ein Hakenkreuz gesprüht, auf das gusseiserne Fundament das Datum: 20.04.1889.

Ein Strafverfahren wurde eingeleitet.

Quelle: <http://sova-center.ru> 22.04.2008

<http://www.justmedia.ru/news/society/2008/04/22/40071>

Nazisprüche an Häuserfassaden in Tomsk

Am 15. April 2008 wurde in der Nekrassowstr. 59 in Tomsk ein Nazislogan entdeckt. Zehn Tage zuvor wurde an die Fassade des Hauses Nummer sechs derselben Straße der Spruch: „*Nazismus wird siegen*“ gesprüht. Nach der Entdeckung der ersten Schmiererei erklärte ein Pressesprecher der Polizei, der Spruch würde übertüncht, dies allerdings geschah nicht.

Quelle: <http://sova-center.ru> 17.04.2008 15.35

<http://tv2.tomsk.ruru/news/2008/04/15/1208409790.html>

Junge Frau in Brjansk von Skinheads niedergeschlagen

Am 1. Mai 2008 schlugen Skinheads auf einem Konzert, das in den Abendstunden in Brjansk stattfand, eine junge Frau mit „nicht-slawischem Äußerem“ nieder.

Ein paar Neonazis zogen sie hinter parkende Autos und schlugen und traten auf sie ein. Nach ungesicherten Angaben erlitt das Opfer eine Gehirnerschütterung.

Quelle: <http://sova-center.ru> 08.05.2008

Übersetzung: Alice von Butler, Klaus-Reiner Dauert, Stephanie Hensche, Holger Löbell

Zusammengestellt: Ewgenija Hartleben

Impressum

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH

Mühlenstr.47

13187 Berlin

Telefon: 030 / 912079-3

Telefax: 030 / 912079-45

E-Mail: info@zentrum-demokratische-kultur.de

Internet: www.zentrum-demokratische-kultur.de

in Zusammenarbeit mit

Deutsch-Russischer Austausch e. V.

Badstr. 44

D-13357 Berlin

Telefon: 030 / 44 66 80-0

Telefax: 030 / 44 66 80-10

E-Mail: info@austausch.org

Internet: www.austausch.org